

Keine Entlastung, keine Energie, keine soliden Finanzen

Wie die Ampel diese Woche in drei entscheidenden Bereichen versagt

Deutschland erlebt Monate der Entbehrung und Einschnitte, die enorme Inflation plündert die Geldbeutel der Bürger und unsere Energieversorgung im Winter steht auf dem Spiel. Was es jetzt braucht, ist Mut zur Entscheidung. Die Ampel liefert stattdessen Chaos, Ideologie und Schuldenberge. Das groß angekündigte „Entlastungspaket“ schafft Enttäuschung statt Erleichterung. Habecks ideologischer Irrweg verhindert die notwendige Sicherheit unserer Energieversorgung und Lindner versteckt mit Buchungstricks die Schuldenberge der Ampel.

1. ENTLASTUNGSPAKET ENTTÄUSCHT

- **Ampel-Paket kommt zu spät und greift zu kurz.** Die Ampel hat auf unsere Kritik am letzten Paket reagiert und nun auch die notwendige Unterstützung für Rentner und Studenten beschlossen. Wir begrüßen das ebenso wie die Aufstockung der Hilfen für Empfänger von Arbeitslosengeld II, Wohngeld und Kinderzuschlag. Aber erneut wurden weite Teile der Gesellschaft vergessen. Die Mitte der Gesellschaft und besonders Menschen mit geringen Einkommen werden nicht ausreichend

berücksichtigt. Deshalb fordern wir 3.000 Euro Pauschale bei der Einkommenssteuer für Alleinerziehende und Familien mit niedrigeren Einkommen und 1.000 weitere Euro pro Kind. Kurz: 3+1.

- **Mogelpackung bei der kalten Progression.** Die Ampel hat die Anpassung der Tarifeckwerte im Einkommenssteuertarif beschlossen. Das soll gegen die sogenannte kalte Progression helfen. Noch im August stellte Finanzminister Lindner selbst fest, dass die Rückgabe dieser demokratisch nicht legitimierten Einnahmen kein gönnerhafter Akt, sondern in mehrfacher Hinsicht geboten sei. Wir begrüßen diesen Schritt. Die Ampel vollzieht ihn aber nicht jetzt, sondern erst ab 2023 und nimmt damit 2022 geschätzte zehn Milliarden Euro zusätzlich ein.
- **Bürger finanzieren Entlastungen in Wahrheit selbst.** Die Ampel präsentiert ein buntes Maßnahmenpaket. Wie das alles finanziert werden soll, lässt sie offen. Klar ist aber, die Bürgerinnen und Bürger zahlen die Zeche am Ende selbst. Finanzminister Lindner nimmt aufgrund der hohen Inflation Milliarden mehr an Steuern ein. Nur einen Teil dieser Einnahmen bekommen die Menschen jetzt zurück. Das sind finanzpolitische Taschenspielertricks und keine wirklichen Entlastungen.
- **Ampel ignoriert Mittelstand und Handwerk.** Wer Unterstützungen für Handwerker und klein- und mittelständische Unternehmen sucht, der wird im Ampelpaket nicht fündig – kein Anreizprogramm für das Energiesparen, keine Unterstützung bei hohen Strom- und Gaspreisen. Für energieintensive Unternehmen wird der Spitzenausgleich bei Strom- und Energiesteuern verlängert. Der Mittelstand als Rückgrat unserer Wirtschaft schaut

hingegen bei dieser Bundesregierung in die Röhre, obwohl er zu den stärksten Krisen-Verlierern gehört.

2. ENERGIEVERSORGUNG NICHT GESICHERT

- **Grüne Ideologie gefährdet unsere Versorgungssicherheit.** Der Stresstest zu Deutschlands Stromversorgung in diesem Winter ist alarmierend. Die Fachleute warnen vor einer äußerst angespannten Versorgungssituation – selbst stundenweise Unterversorgung und regionale Blackouts sind möglich. Die Experten sind sich einig, dass der Weiterbetrieb der drei verbliebenen Kernkraftwerke zur Verhinderung von Blackouts in Deutschland zwingend notwendig ist. Das aber passt nicht in Habecks ideologisches Weltbild. Daher entscheidet er sich gegen den Weiterbetrieb der Kernkraft und für die grüne Wahlkampf-Taktik vor der Landtagswahl in Niedersachsen.
- **Ampel blockiert die Abschaffung der Gasumlage.** Die von der Ampel beschlossene Gasumlage ist intransparent, sozial ungerecht und handwerklich fehlerhaft konstruiert. Sie beschert den Energieunternehmen Rekord-einnahmen und stellt gleichzeitig eine Rekordbelastung für die Bürger dar. Statt gezielt insolvenzbedrohte Energieunternehmen zu stützen, macht sich der Staat mit der Umlage zum Preistreiber am Energiemarkt. Wir haben deshalb in dieser Woche einen Antrag im Deutschen Bundestag gestellt, um dieses ungeeignete Instrument zurückzunehmen und die Gaskunden vor den Auswirkungen falscher Politik zu bewahren. Die Ampel hat dies mit ihrer Mehrheit verhindert. So droht den deutschen Haushalten auch weiterhin eine erhebliche Zusatzbelastung zu den ohnehin immensen Energiekosten.

- Habeck erlebt energiepolitisches Desaster in Katar. Der Bundeswirtschaftsminister ist im Frühjahr mit großem Gefolge nach Katar geflogen, um Flüssiggas-Lieferungen im großen Stil nach Deutschland zu holen. Es sollte die zentrale energiepolitische Antwort auf das Ausbleiben des russischen Gases werden, passiert ist tatsächlich nichts. Im Sommer hat der Bundeswirtschaftsminister ganz nebenbei vermeldet: Der Katar-Deal ist geplatzt. Damit ist klar: Habeck hat aus Katar kein Gas mitgebracht, sondern höchstens Sand, den er den Menschen in die Augen streut.

3. SCHULDENBERGE STATT SOLIDER FINANZEN

- **Lindners Buchungstricks verschleiern die Wirklichkeit.** Lindners Schuldenhaushalt 2023 vermittelt kein zutreffendes Bild von der Lage im Land. Zu diesem Urteil kommt der Bundesrechnungshof. Wie die Prüfer in einem vernichtenden Bericht feststellen, versteckt der Finanzminister mit seinen Buchungstricks geschickt die Schuldenberge der Ampel. Nur durch Plündern von Rücklagen gelingt es ihm, die Neuverschuldung mit 17,2 Milliarden Euro auszuweisen. Wer ins Kleingedruckte blickt, erkennt, dass die echte Nettokreditaufnahme mit 78,2 Milliarden Euro in Wahrheit das Viereinhalbache beträgt.
- **Zinsbelastung wird zur Gefahr für die Stabilität.** Die unsolide Haushaltspolitik der Ampel wird in Zeiten rasant steigender Zinsen zur tickenden Zeitbombe. Lindners Ausgaben für Zinsen auf die Bundesschuld schießen durch die Decke. Statt knapp vier Milliarden Euro in 2021, muss der Bund in 2022 mit etwa 16 Milliarden Euro

bereits ein Vielfaches mehr aufbringen. Für 2023 plant die Ampel jetzt knapp 30 Milliarden Euro für Zinszahlungen ein. Diese Risiken im Haushalt sind eine enorme Gefahr für die Stabilität und die Zukunft künftiger Generationen.

- **Ampel reißt erneut das 2-Prozentziel bei der Bundeswehr.** Statt der von Kanzler Scholz versprochenen Zeitenwende als Antwort auf Russlands Angriffskrieg setzt die Ampel unsere Bundeswehr auf Sparkurs und reißt erneut das NATO-2-Prozentziel. Bei unseren Soldaten streicht die Ampel im nächsten Jahr 300 Millionen Euro und nutzt das Sondervermögen Bundeswehr, um die Lücken im eigenen Haushalt zu stopfen. Damit bricht Kanzler Scholz seine Zusagen und belastet das Vertrauen zu unseren Partnern.

FAKtencheck: IST NUR DIE UNION SCHULD AN DER ABHÄNGIGKEIT VON RUSSISCHEM GAS?

- Nein. Die Ampel-Parteien behaupten immer wieder, es sei die alleinige Schuld von CDU und CSU, dass Deutschland derzeit so abhängig von russischem Gas sei. Die Ampel treffe keine Schuld.
- Seit 1998 hat die SPD – mit Ausnahme von vier Jahren – immer mitregiert und in dieser Zeit alle energiepolitischen Entscheidungen mitgetroffen und mitgetragen. Wenn der Bundeskanzler in der Plenarredebatte vom 07.09.2022 also behauptet, dass die CDU/CSU „die komplette Verantwortung“ für die energiepolitische Situation habe, ist das schlicht falsch.
- Wir als Union machen die Ampel-Regierung nicht verantwortlich für die Energiekrise in der Welt, aber wir machen sie verantwortlich für die deutsche Reaktion darauf – und die ist desaströs. Wir brauchen jetzt jedes Kraftwerk am Netz, das ans Netz gehen kann. Aber die Regierung weigert sich, Kernkraftwerke länger laufen zu lassen, die Energieerzeugung aus Biomasse ist nach wie vor gedeckelt und die Vorgaben für Kohlekraftwerke so bürokratisch, dass bisher nur zwei Kraftwerke neu in der Reserve sind.
- Die Vereinbarung zum Bau von Nordstream I wurde 2005 unter Rot-Grün geschlossen.
- Bundeskanzler Gerhard Schröder heuerte nach seiner Abwahl als Gaslobbyist bei Putin an – und hält diesem Kriegsverbrecher nach wie vor die Treue. Mitglied der SPD ist er übrigens auch. Laut SPD-Schiedsgericht Hannover

verstößt er mit seinem Putin-Engagement nicht gegen die Parteiordnung.

- Dass der größte Erdgasspeicher Deutschlands in Rehden 2015 in den Besitz von Gazprom überging, fiel in die Verantwortung des damaligen Wirtschaftsministers Sigmar Gabriel.
- Bundeskanzler Olaf Scholz behauptete noch im Dezember 2021, Nordstream II sei ein rein „privatwirtschaftliches Vorhaben“. Über die Inbetriebnahme entscheide „ganz unpolitisch eine Behörde in Deutschland“.

FAKTENCHECK: HAT BAYERN DEN NETZAUSBAU VERSCHLAFEN?

- Nein. Einfach Stromtrassen in Bayern zu bauen, bringt nichts – sie müssen an die Windparks in Norddeutschland und auf See auch angeschlossen werden. Die dafür notwendigen Stromtrassen gibt es noch gar nicht. Das Netzausbauprojekt SuedOstLink befindet sich derzeit im Planfeststellungsverfahren. In einigen Abschnitten in Bayern hat das Planfeststellungsverfahren sogar früher begonnen als auf Abschnitten in Sachsen-Anhalt oder Thüringen. Bei zahlreichen Anschlusstrassen durch Niedersachsen oder Sachsen-Anhalt hat das Genehmigungsverfahren noch nicht einmal angefangen. Bei einem erheblichen Teil der Trassenkilometer ist zudem die Bundesnetzagentur allein für die Genehmigung zuständig.
- Ministerpräsident Markus Söder hat sich mehrfach öffentlich zum Ausbau der Stromtrassen bekannt. Beispiele: Am 30.08.2021 – also deutlich vor dem russischen Angriff auf die Ukraine und der aktuellen Energiekrise – hat Söder in der

Staatskanzlei einen Stromgipfel mit dem damaligen Bundesminister Altmaier und den bayerischen Wirtschaftsverbänden einberufen und dort den Netzausbau explizit angeprochen. Ebenso im Bayerischen Energieplan, der im Mai vom Ministerrat beschlossen worden ist. Söder hat eine Beschleunigung der Planungsverfahren gefordert und zugesagt, dass Bayern zusätzliches Personal für die Planung des Netzausbaus bereitstellen wird. Bereits im Haushalt 2022 sind 50 Prozent mehr Stellen vorgesehen.

FAKtencheck: HAT BAYERN ZU WENIG FÜR DEN AUSBAU DER ERNEUERBAREN ENERGIEN GETAN?

- Nein. Nach Angaben der Bundesnetzagentur (Stand: Juli 2022) ist Bayern der größte Stromproduzent aus Erneuerbaren Energien aller Bundesländer. Der Gesamtausbau von Biomasse, solarer Strahlungsenergie und Windenergie beträgt in Bayern 21.898 Megawatt. Damit liegt Bayern deutlich vor Niedersachsen (19.323 Megawatt) auf Platz 1. Die Aussage, dass Bayern bremst, ist also schlicht Unsinn.
- Bayern bei der Windkraft mit Niedersachsen oder Schleswig-Holstein vergleichen zu wollen, ist allein aus geografischen Gründen offenkundig nicht sinnvoll. Der sinnvollste Vergleichsmaßstab für Bayern wäre Baden-Württemberg. Baden-Württemberg wird seit mehr als einem Jahrzehnt von den Grünen regiert – und liegt bei der Windkraft deutlich hinter Bayern (1.644 vs. 2.641 installierte Leistung in MW). Insbesondere von den Grünen ist Kritik bspw. an der 10H-Regelung also heuchlerisch.